LATEINAMERIKA 01.10.2026 | Jan Souverein

Gefangen im eigenen Erfolg

Lulas Politik hat Brasilien verändert – und damit auch die Erwartungen. Nun muss die Linke Antworten auf veränderte Ansprüche finden.

Die Präsidentschaftswahlen in Brasilien 2026 sind die siebten, bei denen Luiz Inácio Lula da Silva seit seiner ersten Kandidatur 1989 antritt. Seit seinem ersten Amtsantritt 2003 hat er tiefgreifende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft angestoßen – mit dem Ziel, Brasilien gerechter zu machen, Hunger und extreme Armut zu bekämpfen und den aufgrund kolonialer Strukturen benachteiligten Bevölkerungsgruppen gleiche Chancen zu ermöglichen. Lula und seine Arbeiterpartei (PT) haben dabei beträchtliche Erfolge erzielt, auch wenn Brasilien weiterhin zu den Ländern mit der höchsten sozialen Ungleichheit weltweit gehört.

Doch diese Erfolge sind heute Teil von Lulas Problem. Seine Politik hat nicht nur Lebensverhältnisse verändert, sondern auch Erwartungen. Für viele geht es nicht mehr nur darum, Armut zu überwinden. Sie wollen Wohlstand und gesellschaftliche Anerkennung erreichen. Auf diese Wünsche hat die Arbeiterpartei PT bislang keine überzeugende Antwort gefunden.

Lulas Gegenkandidat ist der 45-jährige Flávio Bolsonaro, Sohn des Expräsidenten Jair Bolsonaro. Seit seinem 21. Lebensjahr ist er Berufspolitiker, zunächst Abgeordneter im Bundesstaat Rio de Janeiro, seit 2019 Senator. Nationale Aufmerksamkeit erhielt er bislang allerdings nur selten; bis zu seiner überraschenden Ankündigung der Präsidentschaftskandidatur im Dezember 2025 war er keine herausragende Führungsfigur.

Die öffentliche Unterstützung seines Vaters – der wegen des versuchten Staatsstreichs vom 8. Januar 2023 und des Versuchs der gewaltsamen Abschaffung der demokratischen Ordnung verurteilt wurde und zuvor wegen Wahlrechtsverstößen für acht Jahre von allen Wahlen ausgeschlossen worden war – sicherte ihm die Stimmen der Kernwählerschaft des Bolsonaro-Lagers. Er wurde damit rasch zum führenden Kandidaten des rechten Lagers und gewann auch die

Unterstützung jener Wählerinnen und Wähler, die nicht dem Bolsonaro-Lager angehören, sondern sich vor allem über ihre Ablehnung Lulas und der PT definieren.

Ein großer Teil der Bevölkerung ist mit den zur Auswahl stehenden Kandidaten unzufrieden. In Umfragen geben jeweils 47 Prozent an, Lula beziehungsweise Bolsonaro definitiv nicht wählen zu wollen. Angst ist ein wichtiges Wahlmotiv: Jeweils 43 Prozent fürchten eine Wiederwahl Lulas beziehungsweise eine Rückkehr der Bolsonaro-Familie an die Macht. Entsprechend stabil sind die Umfragewerte: Seit März liegt Lula in einer möglichen Stichwahl bei 45 bis 48 Prozent, Bolsonaro bei 43 bis 46 Prozent. Weder Skandale noch Regierungsprogramme und Reformen haben daran bislang etwas verändert.

Für den Wahlausgang sind daher drei Gruppen besonders relevant: die relativ kleine Gruppe der nicht-polarisierten Wechselwählerinnen und -wähler, die sich für die Stichwahl noch nicht festgelegt haben, sowie nicht festgelegte Wählerinnen und Wähler aus dem linken sowie jene aus dem rechten Lager, die zwar nicht für den Kandidaten des jeweils anderen Lagers stimmen würden, aber eine Enthaltung erwägen. Diese Gruppen treffen ihre Entscheidung oft erst in den letzten Tagen vor den Wahlen. Daher dürfte entscheidend sein, welche öffentliche Stimmung und welches Thema die letzten Wochen vor der Stichwahl prägen.

Für viele geht es nicht mehr nur darum, Armut zu überwinden. Sie wollen Wohlstand und gesellschaftliche Anerkennung erreichen.

Gerade in der möglicherweise wahlentscheidenden Gruppe der Wechselwähler und -wählerinnen besteht eine große Enttäuschung über die Regierung Lulas. Viele hatten 2022 mit großen Erwartungen für ihn gestimmt. Anders als während seiner ersten beiden Amtszeiten, in denen viele Menschen einen deutlichen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg erlebten, war die aktuelle Amtszeit für viele von Stagnation geprägt. Gleichzeitig sind die Ansprüche dieser Bevölkerungsgruppe gewachsen. Lula ist damit ein Stück weit zum Problem seines eigenen Erfolgs geworden: Das Ziel ist nicht mehr das bloße Vermeiden von Armut, sondern das Erreichen von Wohlstand, Komfort und gesellschaftlicher Anerkennung. Der tägliche Kontakt mit den auf sozialen Medien inszenierten Erfolgsgeschichten von Reichtum und Selbstständigkeit kollidiert dabei mit einer Realität aus prekären Beschäftigungsverhältnissen, hohen

> Lebensmittelpreisen und Verschuldung. Das Ergebnis ist Frustration und der Wunsch nach Wandel. Die PT kann sich daher nicht länger allein auf ihre Erfolge beim sozialen Aufstieg berufen, sondern muss Antworten auf die veränderten Erwartungen ihrer Wählerschaft finden. Denn die Antwort des rechten Lagers ist simpel und verfängt: Man müsse den Staat, der die Menschen bei ihrem sozialen Aufstieg nicht unterstütze, sondern behindere, zurückschneiden. Das Aufstiegsversprechen beruht stattdessen auf Individualismus, Unternehmertum und harter Arbeit.

Hinzu kommt die angespannte Sicherheitslage. Mobiltelefon-Diebstähle, Überfälle auf Autos, die Präsenz von Kartellen und Milizen sowie geschlechtsspezifische Gewalt und Femizide prägen in vielen Regionen den Alltag. Viele Menschen haben den Eindruck, dass die Regierung über Jahre nichts dagegen unternommen hat und sie mit diesen Problemen alleingelassen hat. Daher fallen die radikalen Vorschläge Bolsonaros auf fruchtbaren Boden: Der Bau von Megagefängnissen wie in El Salvador unter Bukele, die Absenkung des Alters der Strafmündigkeit und die chemische Kastration für Sexualstraftäter adressieren zwar nicht die strukturellen Ursachen der Kriminalität, geben aber vielen Menschen den Eindruck, dass die potenzielle Regierung zumindest etwas unternehmen würde. Während die PT hier vielfach keine überzeugende Antwort vermittelt, kann Bolsonaro mit Aktionismus punkten.

Auch Korruption spielt eine wichtige Rolle. Der milliardenschwere Skandal um die kriminellen Finanzgeschäfte der *Banco Master* und die Bestechungszahlungen an weite Teile der politischen Elite durch ihren Eigentümer Daniel Vorcaro haben den Wahlkampf dominiert. Flávio Bolsonaro soll Millionensummen erhalten haben, es laufen Ermittlungen gegen ihn wegen Geldwäsche und Korruption.

Zugleich ist Alexandre de Moraes, Richter am Obersten Gerichtshof (STF), ins Zentrum der Debatte geraten. Aufgrund seiner Rolle bei der Verurteilung Jair Bolsonaros fordert dessen Sohn seit Langem ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn. Nachdem Textnachrichten zwischen Vorcaro und Moraes bekannt wurden, in denen Vorcaro um eine bevorzugte Behandlung gebeten und auf Zahlungen an die Anwaltskanzlei von Moraes' Ehefrau verwiesen haben soll, verlagerte sich die öffentliche Aufmerksamkeit von den Vorwürfen gegen Bolsonaro auf Moraes. Bolsonaro nutzt die Auseinandersetzung für Angriffe auf die Regierung, die PT und den STF.

Während die PT vielfach keine überzeugende Antwort vermittelt, kann Bolsonaro mit Aktionismus punkten.

Die anschließenden internen Auseinandersetzungen haben die Politisierung des Gerichts verstärkt und bei Teilen der Bevölkerung den Eindruck erweckt, die gesamte politische und institutionelle Elite sei korrupt. Zugleich stärken sie Bolsonaros Forderung, die Befugnisse des Gerichts zu beschneiden und unliebsame Richterinnen und Richter des Amtes zu entheben.

Für ein Amtsenthebungsverfahren gegen einen STF-Richter ist eine Zweidrittelmehrheit im Senat erforderlich. Nach den Wahlen dürften Senat und Abgeordnetenkammer noch stärker rechts geprägt sein als bisher. Für Lula würde das Regieren damit noch schwieriger. Bereits in dieser Amtszeit schlug das Erzielen von Mehrheiten im Parlament oft fehl.

Sollte Bolsonaro gewählt werden und zudem eine Zweidrittelmehrheit im Senat erzielen, könnte er versuchen, unliebsame Richter am STF ihres Amtes zu entheben und dessen Kontrollfunktion zu schwächen. Im schlimmsten Fall könnte dies einen illiberalen Umbau des Staates erleichtern. Unabhängig vom Wahlausgang steht die PT und mit ihr das gesamte linke Lager vor einer Erneuerung. Die politische Ära Lula nähert sich ihrem Ende. Sollte er als Präsident wiedergewählt werden, bestünden bessere Voraussetzungen für einen geordneten Prozess, bei dem Lula sein gewichtiges politisches Kapital für den Zusammenhalt der zahlreichen linken Parteien und für den Aufbau einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers als Führungsfigur einsetzen kann. Bei einer Niederlage dürfte die Nachfolgefrage schwieriger zu organisieren sein, und die Gefahr einer stärkeren Zersplitterung des linken Lagers dürfte wachsen. Hinzu kommt, dass die strengere Sperrklausel ab 2030 den kleineren Parteien PSOL und PSB Schwierigkeiten bereiten und Zusammenschlüsse oder Fusionen begünstigen könnte.

Lulas bevorzugter Nachfolger Fernando Haddad wird voraussichtlich die Gouverneurswahlen im Staat São Paulo nicht gewinnen, und anderen möglichen Nachfolgern aus der PT wie Camilo Santana und Rui Costa fehlt es bislang an vergleichbarer nationaler Sichtbarkeit. Zugleich sind wichtige Führungsfiguren der brasilianischen Linken keine PT-Mitglieder, etwa Guilherme Boulos und Erika Hilton (PSOL) sowie João Campos (PSB). Doch die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre geht über die Nachfolgefrage hinaus. Die PT und ihre Partner müssen nicht nur eine neue Generation politischer Führung hervorbringen, die das linke Lager über Lula hinaus zusammenhält. Sie müssen auch Antworten auf die veränderten Erwartungen jener

Bevölkerung finden, deren sozialer Aufstieg zu Lulas größten Erfolgen gehört. Denn der Anspruch ist heute nicht mehr allein, Armut zu überwinden, sondern Wohlstand zu erreichen. Solange die Linke darauf keine überzeugende Antwort findet, kann die Rechte mit dem Versprechen von Individualismus und der Verringerung staatlichen Handelns in diese Lücke stoßen.



Jan Souverein
São Paulo

Jan Souverein leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brasilien. Zuvor leitete er das Büro in Bolivien und war als Projektassistent für die Stiftung in Uruguay tätig.